

Datum : 09.09.2015

Herrn
Vorsitzender Ölmez

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Integrationsrat	23.09.2015	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Bericht der Einbürgerungsstelle

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten über den Stand der Einbürgerung in Bielefeld in der nächsten Sitzung des Integrationsrates zu berichten.

Der Bericht soll u.a. auf folgende Aspekte eingehen:

- Anzahl der Personen, die in den letzten drei Jahren einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben und die Entwicklung im ersten Halbjahr 2015
- Personelle Ausstattung und die Öffnungszeiten
- Zahl der abgelehnten Anträge und Gründe für die Ablehnung
- Das Verfahren der Einbürgerung vom Zeitpunkt der Antragstellung bis zum Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit und Bearbeitungszeiten
- Gebühren im Einbürgerungsverfahren im Regelfall
- Wie hoch ist die Anzahl der Einbürgerungen in den vergangenen vier Jahren und im ersten Halbjahr 2015 unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit (bitte insgesamt und aufgeschlüsselt nach den jeweils beteiligten nicht deutschen Staatsangehörigkeiten)
- Darstellung der Erfahrungen in Bielefeld nach der gesetzlichen Neuregelung hinsichtlich der sogenannten ‚Optionskinder‘
- Bemühungen/Aktivitäten der Stadt, die Zahl der Einbürgerungen zu erhöhen
- Zahl der Einbürgerungsfeiern.

Begründung:

Die Stadt Bielefeld profitiert von der Vielfalt der hier lebenden Menschen. Aus Sicht der kommunalen Integrationspolitik ist es besonders wichtig, das Engagement der Bielefelderinnen und Bielefelder mit Migrationshintergrund für die Entwicklung der Stadt zu nutzen. Um sich aber aktiv in die Gesellschaft einzubringen und uneingeschränkte staatsbürgerliche Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen, ist die deutsche Staatsangehörigkeit die beste Voraussetzung.

Die Einbürgerungszahlen in NRW und auch in Bielefeld sind jedoch rückläufig, so dass

überregional durch Einbürgerungskampagnen für die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit geworben wird. Ziel dieser von dem Land initiierten Kampagnen ist, Migrantinnen und Migranten, bei denen prinzipiell die aufenthaltsrechtlichen Einbürgerungsvoraussetzungen vorliegen, zur Antragstellung zu ermutigen. Mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft sind viele Vorteile verbunden. Der deutsche Pass eröffnet neue Teilhabemöglichkeiten, zum Beispiel das aktive und passive Wahlrecht, das die Mitwirkung an der politischen Willensbildung eröffnet. Er dokumentiert zugleich gegenüber der Gesellschaft und ihren Institutionen, dass sich die Antragstellerin bzw. der Antragsteller eindeutig dafür entschieden hat, alle Rechte und Pflichten als Bürgerin und Bürger für sich in Anspruch zu nehmen und auszuüben.

Zugleich werden zahlreiche mit der Staatsangehörigkeit in den Kampagnen aufgegriffene Aspekte angesprochen:

Identität und Herkunft, Heimat und Wahlheimat, Loyalität gegenüber der Verfassung und Akzeptanz des Rechtssystems, der Werteordnung und der Bürgerrechte, Vielfalt und Identifikation mit der deutschen Gesellschaft.

Unterschrift:

Gez.

Murisa Adilovic